



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Johann Häusler, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Bernhard Seidenath, Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker, Alfons Brandl, Gudrun Brendel-Fischer, Petra Guttenberger, Petra Högl, Dr. Petra Loibl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Angelika Schorer, Kerstin Schreyer, Sylvia Stierstorfer, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU

Drs. 18/26050, 18/28010

Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel II: Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Pflege!

Der Landtag stellt fest, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf viele Familien vor enorme Herausforderungen stellt. Sie werden aber noch verstärkt, wenn ein Elternteil in der Pflege beschäftigt ist und deshalb auch Schichtarbeit und kurzfristiges Einspringen für erkrankte Kollegen notwendig ist und erwartet wird. Dies führt zu organisatorischen Problemen in den Familien.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel etwa durch entsprechende Projekte und Finanzierungsanreize für eine verlässliche Dienstplangestaltung einzusetzen, um so die Vereinbarkeit von Familie und einem Beruf in der Pflege zu erleichtern.

Außerdem wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Schaffung eines praktikablen Refinanzierungsrahmens für trägereigene und trägerübergreifende Springerlösungen, insbesondere für Pflegeeinrichtungen, einzusetzen. Wichtig ist dabei, dass diese nicht allein stationären Einrichtungen zur Verfügung stehen, sondern auch ambulanten Pflegediensten. Darüber hinaus sollen geteilte Dienste vermieden werden. Intelligente Lösungen für die Vereinbarkeit von Familie und Pflege müssen gefördert und erprobt werden, sodass die Vereinbarkeit von Familie und beruflicher Tätigkeit verbessert und durch die Ermöglichung einer längeren Arbeitszeit oder sogar Vollzeitfähigkeit ein wichtiger Schritt unternommen wird, um Altersarmut wirksam zu bekämpfen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident